V-2 V-2 Informatik als Pflichtfach in der Sekundarstufe

Gremium:	KV Berlin-Mitte
Beschlussdatum:	11.03.2025
Tagesordnungspunkt:	TOP 7 Verschiedenes

Antragstext

Präambel

Im 21. Jahrhundert müssen im Sinne des inklusiven Bildungsansatzes und der Chancengerechtigkeit alle Heranwachsenden zur Teilhabe an der zunehmend digitalen Welt befähigt werden. Deshalb dürfen keine Schüler*innen die Schule verlassen ohne digitale Grundkompetenzen, grundlegende Kenntnisse der Informatik und Basiskompetenzen im Umgang mit informationstechnischen Medien. Dies umfasst neben technischem Wissen auch Problemlösungsfähigkeiten, Kreativität sowie den kritischen Umgang mit digitalen Medien und liefert wichtige Grundlagen für andere Fächer.

Um digitale Kompetenzen frühzeitig und flächendeckend zu fördern, sind aus unserer Sicht folgende Maßnahmen notwendig:

- **Informatik muss als Pflichtfach ab der 7. Klasse in allen Schulformen im Land Berlin verankert werden.** Damit ersetzt es den bisherigen Informationstechnischen Grundkurs (ITG) in der 7./8. Klassenstufe sowie den Wahlpflichtunterricht Informatik in der 9./10. Klassenstufe. In der Grundschule müssen u. a. im Rahmen des NaWi- und Sachunterrichts Grundkompetenzen im Umgang mit digitalen Medien und Netzwerken als verbindliche Lerninhalte verankert werden.

- **Die Entwicklung eines modernen, praxisorientierten Lehrplans**, der neben Programmierung auch Themen wie Datenschutz, künstliche Intelligenz, reflektiertes Nutzer*innenverhalten auch über den Unterricht hinaus und nachhaltige Digitalisierung umfasst. Die Rahmenlehrpläne anderer Bundesländer [1], die Informatik bereits als Pflichtfach in der Sekundarstufe I etabliert haben, und die Berliner Rahmenlehrpläne für das Wahlpflichtfach Informatik und insbesondere das Kursangebot in der Sekundarstufe II bieten dafür eine Ausgangsbasis.

Informatik ist zusätzlich im Rahmen von Projektarbeiten mit anderen Fächern zu verknüpfen, ohne den Status eines eigenständigen Pflichtfachs aufzugeben.

- **Ansprechende Lehrmaterialien mit Best Practices und praxisnahen Anwendungen**. Auch Unterrichtskonzepte zur Integration physischer Hilfsmittel wie Robotik-Baukästen, interaktiver Formate wie Hackathons oder fächerübergreifender Projekte sollten niedrigschwellig zugänglich gemacht werden. Dabei soll speziell auf den Einsatz von Open Source Software und lizenzfreie Simulatoren gesetzt werden.

- **Einen inklusiven Raum, in dem sich alle Schüler*innen wohlfühlen und einen Zugang zu Informatik finden**. Das erfordert insbesondere die Förderung von FLINTA-Personen durch gezielte Programme und FLINTA-Vorbilder. Nur so gelingt es, die Geschlechtergerechtigkeit in der digitalen Welt zu stärken und langfristig für alle ein positives Bild von Informatik zu erzeugen. Genauso müssen soziostrukturell benachteiligte Schüler*innen und Schüler*innen mit besonderen Bedürfnissen gezielt angesprochen und mit den Unterrichtsangeboten aktiv eingebunden werden.

Um dies erfolgreich zu realisieren, braucht es geeignete Rahmenbedingungen:

- Alle Berliner Schulen benötigen eine zeitgemäße informationstechnische Infrastruktur. Dies umfasst insbesondere ein funktionsfähiges W-LAN, E-Mail-Adressen, standardisierte technische Endgeräte für alle Schüler*innen, digitale Lernplattformen wie Moodle und zentrale Softwareverwaltung.

- Um sicherzustellen, dass ausreichend qualifizierte Lehrkräfte für einen flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Informatikunterricht zur Verfügung stehen, müssen alle Möglichkeiten zur Neugewinnung und Weiterqualifizierung von Lehrkräften ausgeschöpft werden. Wir brauchen

    - Kampagnen, die dazu ermutigen, das Studienfach Informatik für das Lehramt auch ohne Vorkenntnisse wie Coding-Erfahrung aufzunehmen,

    - eine bessere Begleitung und Beratung von Studierenden mit Fokus auf einen niedrigschwelligen Einstieg in das Studienfach Informatik,

    - gezielte Ansprache von FLINTA-Personen, die diesen Fachbereich mitentwickeln möchten,

    - Programme zur Rekrutierung von Lehramtsstudierenden aus verwandten Studienfächern, u. a. nach einem Studienabbruch,

    - Zulassung von Informatik für Ein-Fach-Lehrkräfte, auch um den Quereinstieg in den Lehrkräfteberuf attraktiver zu machen.

Für bereits bestehende Lehrkräfte sollten deutlich mehr und niedrigschwelligere Möglichkeiten geschaffen werden, sich für Informatik als drittes Unterrichtsfach

zu qualifizieren. Dieses Angebot muss allen Lehrkräften unabhängig von ihrer bisherigen Fachrichtung offenstehen. Ausschlaggebend für die Genehmigung dieser Weiterqualifizierung sollte der berlinweite Fachkräftemangel und nicht die Personalsituation der konkreten Schule sein. Für die Dauer ihrer Weiterqualifizierung sind diese Lehrkräfte angemessen von ihrem Unterrichtsdeputat zu entlasten.

- Zusätzlich sollten Informatiklehrkräfte von administrativen Aufgaben entlastet werden. Hierzu müssen im Sinne multiprofessioneller Teams System-Administrator*innen eingestellt werden. Um als Arbeitgeberin konkurrenzfähig zu sein, muss die SenBJF die Möglichkeit einer branchenspezifischen Bezahlung dieser Fachkräfte überprüfen. Bei persönlichem Interesse soll diesen Personen ermöglicht werden, sich zu Informatiklehrkräften weiter zu qualifizieren.

[1] Vgl. Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Saarland, Niedersachsen und Hamburg.

Begründung

Um allen Schüler*innen eine gleichberechtigte Teilhabe an der digitalen Gesellschaft zu ermöglichen, sind solide digitale Kompetenzen unabdingbar. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat hierzu mit ihrer Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ klare Ziele formuliert, darunter die Vermittlung von Kompetenzen wie Programmieren und kritisches Denken im Umgang mit digitalen Technologien: https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2021/2021_12_09-Lehren-und-Lernen-Digi.pdf

Um diese Fähigkeiten systematisch zu fördern, fordern Expert*innen wie die Gesellschaft für Informatik bereits seit mehreren Jahren die Einführung eines Pflichtfachs Informatik auch in Berlin. Ohne verbindlichen Informatikunterricht drohen unsere Berliner Schüler*innen auch im internationalen Vergleich langfristig den Anschluss zu verlieren. Viele Bundesländer – vgl. Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Saarland, Niedersachsen und Hamburg – haben dies längst erkannt und bereits nachgesteuert: https://gi.de/meldung/404-informatikunterricht-in-deutschland

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin-Mitte am 11. März 2025